



MEDIENINFORMATION

SPERRFRIST: keine

Schreiben an die Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements betreffend Situation im Asyl- und Flüchtlingsbereich
Der Nidwaldner Regierungsrat wendet sich mit einem Brief an die Bundespräsidentin und Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD), Simonetta Sommaruga. In diesem teilt die Regierung ihre Sorge wegen der aktuellen Situation im Asyl- und Flüchtlingsbereich mit.

Die Themen Asyl und Flüchtlinge beschäftigen grosse Teile der Nidwaldner Bevölkerung. Insbesondere gibt der Umstand Anlass zu Diskussionen, dass derart viele Menschen aus Eritrea den Status als anerkannte Flüchtlinge erhalten. Aus diesen Gründen richtet sich der Nidwaldner Regierungsrat mit einem Schreiben an die Bundespräsidentin und Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD), Simonetta Sommaruga.

Der kürzlich namens des Luzerner Regierungsrates verfasste Brief, wonach die bisherige Praxis der Gewährung des Flüchtlingsstatus bei Eritreern überprüft und der Status der vorläufigen Aufnahme ohne Flüchtlingseigenschaft vermehrt angewandt werden soll, wird in dieser Stossrichtung vom Nidwaldner Regierungsrat mitgetragen.

Dem Regierungsrat ist es ein Anliegen, sich beim Bund für die langjährige und sehr gute Zusammenarbeit in diesem schwierigen Bereich zu bedanken.

RÜCKFRAGEN

Yvonne von Deschwanden, Gesundheits- und Sozialdirektorin, Telefon 041 618 76 02, telefonisch erreichbar am 28. August 2015 zwischen 11 und 12 Uhr.

Stans, 28. August 2015